

# Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **5 (1925-1926)**

Heft 2

PDF erstellt am: **05.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

Fry sinner, dilegued und gsund,  
 Und zäme wemmer ha.  
 Und was's au um is ume gid,  
 Mer land is nid verwybe.  
 Sind miär nu Schwyzer alder nid?  
 Mer find's, se wemmer's blybe.

---

## Politische Rundschau

---

### Schweizerische Umschau.

#### Politische Ermüdung. — Die Begehren der italienischen Talschaften Graubündens.

Die Klage über zunehmende Interesselosigkeit für Gegenstände des politischen und staatlichen Lebens ist heute allgemein. Wir würden unsern eigenen Erfahrungen widersprechen, wenn wir diese Klage nicht als vollauf berechtigt anerkennen wollten. Die Ursachen dieser Erscheinung mögen mannigfaltige sein. Sicherlich spielen auch Enttäuschung und Mißtrauen eine Rolle dabei. Was ist in den letzten zehn Jahren den Völkern nicht alles versprochen worden; von gläubigen Idealisten, die von fremden Drahtziehern gezogen waren, von Demagogen, die bewußt schöne Worte machten, um desto besser ihrem eigenen Egoismus fröhnen zu können. Wie viel jugendliche Begeisterung hat sich den aufstrebenden Parteien zugewandt, die ein besseres von Idealen getragenes Gemeinschaftsleben verhießen, und das Ende war die bittere Erkenntnis, daß gerade dort nur roher Materialismus herrscht. So hat nichts Bestand gehabt. Was sich als Gold ausgegeben, hat sich als Messing erwiesen. Wir stehen vor einem eigentlichen Bankrott der Ideale, die in den letzten Jahrzehnten Kurs hatten.

Darum kann heute unsere Scheu vor Schlagworten nicht groß genug sein. Wer wieder Liebe und Verständnis für politische und staatliche Dinge wecken will, darf nicht mehr versprechen, als er wird halten können. Wir müssen den Mut wiedergewinnen, die Wirklichkeit unverblümt darzustellen. Gesundheitsbeterei — politische und andere — ist nur die letzte Stufe jener Schwäche, sich um den Lebenskampf drücken zu wollen. Unser irdisches Dasein ist weder ein pädagogischer Lehrkurs noch eine Vergnügungsfahrt. Damit müssen wir uns als mit der Grundtatsache abfinden. Unsere Anstrengung können wir lediglich darauf richten, es so wertvoll als möglich zu gestalten. Reden wir offen, dann gewinnen wir uns Vertrauen. Lassen wir die Tatsachen sprechen, dann schaffen wir damit von selbst die Überzeugung, daß Politik und Staat sein müssen.

In Heft 3, 4 und 6 von „Wissen und Leben“ hat Dietrich Schindler einen wertvollen Beitrag über „Ideen und Interessen in den politischen Parteien (der Schweiz)“ geschrieben. Schindler ist überzeugt, daß wir, wenn die Kräfte, die die heutige parteipolitische Lage geschaffen haben, weiter am Werke bleiben, nichts Erfreuliches zu erwarten haben: entweder Revolution oder Erschlaffung der politischen Interessen, die dem Cäsarismus den Weg öffnet. Die Kräfte, die heute im innerpolitischen Leben entscheidend sind, sind die Wirtschaftsinteressen. An die Stelle der politischen Parteien sind mehr und mehr wirtschaftliche Interessenverbände getreten. Aus dem Kampf politischer Ideen und Ziele, zu dessen Austrag das Parlament geschaffen wurde, ist ein Kampf von Standes- und Klasseninteressen geworden, zu deren Auseinandersetzung das politische Parlament kein geeigneter Ort ist. Wie kommen wir aus dieser Sackgasse hinaus? Schindler hält neue politische Motive für notwendig. Unser öffentliches Leben bedarf neuer Impulse, um wieder ein politisches Leben zu werden. Denn was wir heute im Parteileben Politik nennen, ist eben nur

noch ein wirtschaftlicher Interessenkampf, der an und für sich zwar unvermeidlich sein mag, aber durch die höheren Gesichtspunkte politischer Ziele und Ideen gemildert und in den Hintergrund gedrängt werden muß.

Darum brauchen wir politische Ideen und Ziele, deren Verfolgung eine Partei über den Wirtschaftskampf emporhebt, Partei und Klasse, Politik und Wirtschaft voneinander scheidet. Die Freisinnige Partei hat bis heute unter den schweizerischen Parteien diese Bedingung immer noch am besten erfüllt. Das ist richtig. Aber, wie Schindler schreibt, „es war doch mehr der negative Bestandteil dieser Lebensanschauung gewesen, welcher ihr so manche Anhänger zugeführt und die politische Schlagkraft gegeben hatte: die Niederreißung beengender Schranken politischer und kirchlicher Natur war das Programm des Freisinns gewesen.“ Im „Niederreißen“ ist aber in den bald hundert Jahren, seit der Freisinn das Szepter führt, genug getan worden. Und aus diesen Idealen gewinnt unser politisches Leben keine neuen Impulse mehr. Eine positive Idee weiß Schindler auch nicht anzugeben. Er möchte das Hauptgewicht auf die „Beeinflussung der Gesinnung“, auf die innere Befehrung und die Erzeugung eines neuen Geistes legen. Denn gegen das Vordrängen der wirtschaftlichen Interessen im politischen Leben könne mit Gesetzen doch nichts ausgerichtet werden. Schon weil solche Gesetze in einem in wirtschaftliche Interessengruppen zerfallenden Parlament nicht zustande kommen könnten und weil sie andererseits zu einer Behinderung oder Beschränkung wichtigster Freiheiten der Demokratie führen müßten.

Hier liegt der schwache Punkt in den Schindler'schen Ausführungen und zugleich des heutigen Freisinns: der Glaube, mit Überredung allein Politik treiben zu können. Vor siebenzig-achtzig Jahren hat der Freisinn noch gewußt, daß Überreden gut ist, daß aber, um ans Regiment zu kommen, unter Umständen auch Gewalt von Nöten ist. Überreden, belehren, beeinflussen hat immer nur einen Sinn, wenn ein bestimmter Wille dahinter steht. Ein „neuer Geist“ ist immer nur der Ausdruck eines neuen Willens. Ideen werden nicht aus Luft geboren, sondern aus Lebensnotwendigkeiten. Der Freisinn hat seine Ideale in einer Zeit geprägt, als das Wirtschaftsleben, von allen einengenden Fesseln befreit, sich individualistisch auszutoben begann. Seither spielt sich dieses Wirtschaftsleben in immer mehr gebundenen Formen ab. Die Individualwirtschaft wird die Ausnahme, die in große Organisationsformen zusammengefaßte Wirtschaft die Regel. Was der Freisinn in seiner Geburtsstunde „Freiheiten der Demokratie“ nannte, ist heute größtenteils Fiktion geworden. Die Beschränkung einiger bereits illusorischer „demokratischer Freiheiten“ kann also kein Hinderungsgrund dafür sein, durch Gesetz oder Verfassung ordnend und regelnd in das heutige Wirtschafts- und Parteigetriebe einzugreifen. Ebenso wenig kann die Befürchtung, daß das diesem Wirtschafts- und Parteigetriebe dienende Parlament zu einer derartigen Gesetz- oder Verfassungsgebung nicht Hand bieten würde, davon abhalten, eine solche ins Auge zu fassen. Ist etwas für die Existenz des Staates notwendig, dann kann es auch ohne oder gegen das Parlament gemacht werden. Wobei man sich nicht notwendig des beliebten Knüttels zu bedienen braucht. Voraussetzung dazu ist ausschließlich der politische Wille. Und politischer Wille bedeutet Willen zum Kampf. Und wo Wille zum Kampf ist, da fehlt es nicht am nötigen Impuls. Darin erblicken wir die Gefahr für unser künftiges politisches Leben, daß in unserm freisinnigen Bürgertum zwar viel Streben nach lohnendem Verdienst und angenehmem Leben ist, aber wenig Wille zum Kampf, zum Einsatz für ein höheres überpersönliches Ziel. Hoffen wir, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende politische Ermüdung handelt, und daß, wenn sich erst wieder einmal klarere Ziele aus dem jetzigen Parteigetriebe herausheben, die nötige politische Willenskraft, der jetzt fehlende Impuls sich dann einstellen werden.

\* \* \*

Unter den Alpenältern, die infolge der allgemein veränderten und der durch den Krieg im besonderen geschaffenen Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse Mangel an Verdienstmöglichkeiten und damit an zunehmender Entvölkerung

leiden, stehen neben denjenigen des Tessins an vorderster Stelle die italienischen Talschaften Graubündens und das Müntertal. Vor dem Bau der Alpenbahnen wichtigste verkehrspolitische Verbindungsglieder zwischen Deutschland und Italien, über deren Gebiet ein großer Teil des Verkehrs dieser Länder ging und hier einem blühenden Gasthof- und Transportgewerbe Leben verlieh, sind sie heute zu weltabgelegenen Winkeln ohne Anschluß an das moderne Verkehrsmittel der Eisenbahn geworden, wie das Bergell und das Müntertal, oder mit Verkehrsanschluß nur nach einem andern Kanton, wie Misox und Calanca; am besten gestellt ist in dieser Beziehung noch das Puschlav, das durch die jetzt ganzjährig betriebene Berninabahn direkte Verbindung mit dem übrigen Kantonsteil hat. Die Gunst ihrer verkehrspolitischen Lage hatte in früheren Jahrhunderten diesen Gebieten auch politische Bedeutung und politischen Einfluß verliehen. Im Gegensatz zu den Talschaften des Tessins waren sie nie Untertanengebiete, sondern immer gleichberechtigt mit den andern Bündner Herrschaften gewesen und hatten teilweise sogar über Untertanen geherrscht. Von ihrem Reichtum und Machtbewußtsein in früheren Zeiten geben heute noch die prachtvollen Paläste beispielsweise im Bergell Kunde. Mit den politischen Umgestaltungen am Ende des 18. Jahrhunderts und besonders seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das alles anders. Bisher von ihren südlichen Nachbarn um ihre bevorzugte wirtschaftliche und politische Stellung benieden, versanken sie nunmehr, während jene aus ihrem Untertanenverhältnis befreit zu politischem Selbstbewußtsein und teilweise zu wirtschaftlichem Wohlstand gelangten, mehr und mehr in politischer Bedeutungslosigkeit und wirtschaftlicher Verarmung. In ihrer natürlichen kulturellen und wirtschaftlichen Verbindung mit ihren südlichen Nachbarn sind sie durch die eidgenössischen Zoll- und politischen Grenzen gehemmt, mit dem Leben des übrigen Kantonsteils nur durch die infolge der Alpenbahnen mehr und mehr vereinsamten Paßstraßen verbunden.

Mitte Januar dieses Jahres hat die Bündner Regierung an den Bundesrat den Wunsch gerichtet, durch einen Vertreter an den Verhandlungen, die der Bundesrat mit der Regierung des Tessins betreffs Unterstützung dieses notleidenden Kantons in Aussicht gestellt hatte, teilnehmen zu können. Gleichzeitig überreichte sie eine Denkschrift mit acht die italienischen Talschaften und das Müntertal betreffenden Begehren. Zu einer Teilnahme an den Berner Verhandlungen ist es nicht gekommen. Dagegen ist Ende März die Antwort des Bundesrates auf die verschiedenen Begehren erfolgt; zustimmend in ungefähren gleichen Punkten wie betreffs der Tessiner Begehren: Erhöhung des Beitrags an den Unterhalt der Alpenstraßen; außerordentlicher Beitrag an Grundbuchvermessung und Güterzusammenlegung, Abschaffung der Bergzuschläge für Güter auf der Gotthardbahnstrecke; ausweichend betreffs Kraftexport und Ostalpenbahn; ablehnend betreffs besondere Zollerleichterung, Einheitsstaxe für Poststücke bis 25 Rg., Aufhebung der Zuschlagsgebühr auf Postpaketen aus dem Puschlav. Mag dieses Entgegenkommen des Bundes auch den bedrängten Talschaften einige wesentliche Erleichterungen verschaffen, so sind diese damit natürlich noch nicht aus ihren Nöten heraus. Wie im Tessin wird es auch hier einer großen Ausdauer und Zähigkeit der betreffenden Bevölkerungen und allgemein besserer Zeiten bedürfen, damit allmählich die Schwierigkeiten überwunden werden können. Unfern Teil können auch wir übrigen Schweizer dazu beitragen, indem wir mithelfen, den teilweise noch immer darniederliegenden Fremdenverkehr dieser Gebiete zu beleben, der vor dem Krieg vorwiegend von Reichsitalienern bestritten wurde, die heute wegen Valuta und Grenzschwierigkeiten noch immer fehlen.

Das wäre um so verdienstlicher und wünschenswerter, als es leider auch hier, genau wie im Tessin, Leute gibt, die die augenblickliche Notlage dieser Talschaften ausnützen, um ihren irredentistischen Bestrebungen Auftrieb zu geben. Es interessiert unsere Leser vielleicht, einmal einen Blick in die Gedankenwelt solcher Leute zu tun und sich mit den Begriffen vertraut zu machen, deren sie sich zur Verschleierung ihrer Absichten bedienen. Die folgenden Ausführungen sind der voriges Jahr erschienenen Schrift der sog. „Jungtessiner“:

„La Questione Ticinese“ entnommen, in der dem „cantone dei Grigioni“ ein besonderes Kapitel gewidmet ist. Das verwendete Klichée ist von demjenigen, das für den Tessin gebraucht wird und auf das hinzuweisen wir in unserer Umschau schon öfters Gelegenheit hatten (vergl. besonders das Märzheft 1925), nicht wesentlich verschieden; immerhin sind gewisse allgemeine politische Anschauungen, wie sie vertreten werden, recht aufschlußreich. Der — natürlich auch anonyme — Verfasser des Kapitels über Graubünden schreibt dort u. a.:

„Die Republik der drei Bünde ist eines der interessantesten Gebiete Europas. Schwer zugänglich hat es stets durch die Jahrhunderte und Jahrtausende ein Hindernis für die unmittelbare Berührung der politischen Gebilde der italienischen Halbinsel und der germanischen Gebiete gebildet. . . Die harmonische und vollständige Vermischung der aus dem Po-Tale stammenden ethnischen Elemente war Ursache für jenes Amalgam, das noch heute den Hauptteil der bündnerischen Bevölkerung und desjenigen Teiles von St. Gallen bildet, der vom Rhein bis zum Walensee reicht. . . In einem gewissen Sinne sind die Bündner reineren italienischen Stammes als die Bewohner der Po-Ebene, die eine starke Keltisierung erlitten haben. . . Aus diesem Grunde fühlen sich die Italiener Graubündens durch die deutsche Flut, die langsam vom Rheintal aus das Land hinaufsteigt, erstickt; aus diesem Grund erheben die Italienisch-Bündner ihren lauten Protest gegen den augenblicklichen künstlichen und gefährlichen Zustand der Dinge. . . Es ist jetzt Zeit, mit der ungewollten und heuchlerischen Zweideutigkeit des helvetischen Patriotismus ein Ende zu machen. Wir anerkennen loyal die gegenwärtigen politischen Verhältnisse; wir sind offen gute schweizerische Republikaner. Wir sind deswegen aber nicht Deutschschweizer, sondern Italienischschweizer; und infolgedessen wollen wir die Fragen aus unserm italienischschweizerischen Gesichtspunkt betrachten, der nicht mit dem deutschschweizerischen übereinstimmen kann (????). . . In der ethnischen Frage stellen wir uns mutig der Verdeutschung entgegen, weil die Deutschschweizer, die Schritt um Schritt unsere romanischen Dörfer erobern, nicht als Schweizer, sondern als Deutsche davon Besitz nehmen. Die Schweiz, ein zufälliges politisches Gebilde, wird dadurch nicht berührt. Wir sind Italiener seit Jahrtausenden, Schweizer seit Jahrhunderten. Der Deutsche, der auf lateinischen Boden eindringt, ist daher ein Feind, der mit jedem Mittel zurückgewiesen werden muß, und der Helvetismus, dessen er sich bedient und in den er sich hüllt, gebiert den Dolch, mit dem man uns hinterlistig trifft. . .

„Es liegt im Interesse Graubündens, sich, nachdem es sich während Jahrzehnten und Jahrhunderten hauptsächlich auf das deutsche Element gestützt hat, von jetzt an, nach dem Verschwinden des kaiserlichen Österreich und dem Zerfall der deutschen Macht, auf den großen Nachbarn im Süden zu stützen. . . Romanen und Italiener müssen sich, indem sie endlich die kleinen Kirchturms-, Talschafts- und Religionsstreitereien zum Schweigen bringen, zur gemeinsamen Verteidigung ihres ethnischen Daseins verbinden. Inzwischen wollen wir damit beginnen, in der kantonalen Namengebung die italienischen Namen wieder herzustellen; man sagt künftig nicht mehr Prättigau oder Prettogovia, wenn es ein Val Pretense gibt; man läßt Maiensfeld um zu Maggia zurückzuführen; Tschirtschen wird wieder zu Circello, Langwies zu Campolungo u. s. w. . . Wir müssen auch eine bessere Vorstellung von der Wichtigkeit unserer Funktion und unserer Lage zwischen Italien und Deutschland haben. Eine wirtschaftliche und eine kommerzielle Funktion durch den Verkehr, den wir auf unserm Boden, durch unsere Täler wieder zum Leben zu erwecken suchen müssen zwischen den beiden großen Nachbarvölkern; eine politische Funktion als Pufferstaat (oder Halbstaat), der in sich selbst ein gewisses Gleichgewicht aufrecht erhalten muß, um nicht seine Unabhängigkeit und damit seine Existenz selbst zu gefährden. Und auch eine politisch-militärische Funktion, weil uns niemand garantiert, daß es keine Kriege mehr gibt. Und bei der unglücklichen Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Italien und Deutschland ist heute, nachdem Italien auf den Brenner und die Alpenscheide hinaufgestiegen ist, die Stelle, von der aus dieses am leichtesten verwundet und getroffen werden kann, die durch unsere Täler. . . Die Lage Mitteleuropas ist in unsern Augen nach dem Ausgang des

Weltkrieges von Grund auf verändert. Wir müssen uns darüber rechtzeitig Rechenschaft ablegen. Das eigentliche Verschwinden Österreichs, die eigentliche Berührung zwischen Italien und Deutschland mittels der schwachen Republik, die den Namen Österreich trägt, können uns im Kriegsfall in die undankbare Lage eines Operations- und Kriegsschauplatzes bringen... Das ist ein weiterer Grund, warum wir nicht wollen, daß ein deutsches Übergewicht im Kanton die Deutschen ermutige, den Einsatz zu versuchen; oder umgekehrt, daß es die Italiener dazu führe, uns gegenüber die nötigen territorialen Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen...“

Man braucht solche Ausführungen nicht allzu tragisch zu nehmen, kann sie aber doch als charakteristisch dafür gelten lassen, wie gewisse Leute die durch den Kriegsausgang geschaffenen neuen Machtverhältnisse auszunutzen gedenken.

Zürich, den 25. April 1925.

Hans Dehler.

## Zur politischen Lage.

### **Vollständige Verständnislosigkeit. — Die belgischen Wahlen und ihre möglichen Folgen. — Reichspräsidentenwahl.**

Der „Standaard“, das große vlämisch-katholische Tageblatt in Brüssel, berichtete jüngst eine bezeichnende kleine Notiz: „Der „Réveil Wallon“ äußert sich folgendermaßen zum Beschluß der Belgischen Radiogesellschaft, auch vlämische Vorträge und Lieder in sein Programm aufzunehmen:

„Die schöne Erfindung der drahtlosen Telephonie soll nun auch durch den vlämischen Nationalismus beschmutzt werden. Es genügt also noch nicht, daß uns das Vlämische auf den Wertbriefen, auf den Checkformularen, auf allen offiziellen Schriftstücken aufgezwungen wird. Es genügt also noch nicht, daß man das Vlämische auf den wallonischen Bahnhöfen kreischen hören muß und daß man das Kauderwelsch in allen möglichen Formen, im Großen und im Kleinen, schlucken muß. Jetzt werden wir auch noch gezwungen, jedesmal wenn wir den Hörer des Radioapparates in die Hand nehmen, dieses vlämische Gequack und Gequide anzuhören. Bis jetzt genügte der Gebrauch der Nationalsprache vollkommen. Und es gibt in Belgien keine andere nationale Sprache als das Französische!“

Diese Äußerung des wallonischen Blattes zeigt schlagend, wie wenig Verständnis auch in dem gemischtsprachigen Belgien der französische Volksteil für die Rechte der anderssprachigen — Mehrheit hat. Zweisprachige Schriftstücke der Post, zweisprachige amtliche Schriftstücke überhaupt, ja die Verwendung der Sprache der großen Mehrheit im Eisenbahndienst rufen gewaltigen Zorn hervor. Das sind alles Dinge, die bei uns schon seit Jahrzehnten ohne jeden Anstand durchgeführt sind. Mit Verachtung sieht der Wallone auf die vlämische Sprache herunter. Er lernt sie nicht und empfindet es bereits als eine Beleidigung, wenn er sie überhaupt irgendwo hören muß! Dafür bietet die vlämische Presse Belgiens mit ihren tagtäglichen Klagen über das Verhalten wallonischer Beamter, Offiziere u. s. w. fortlaufend den besten Beweis. Ich will da nur noch einen Vorfall anführen. In diesen Tagen berichtete der „Standaard“ davon, daß auf einer Brüsseler Station der Bahnhofsvorstand die Unterrichtskurse für die mehr als 100 Arbeiter in französischer Sprache abzuhalten befahl. Und doch waren von diesen Leuten nur ein halbes Duzend Wallonen, während die übrigen durchaus dem Gesetze entsprechend vlämische Kurse verlangten! Da muß man sich eben daran erinnern, daß in Belgien die wallonische Minderheit lange die Herrschaft völlig in den Händen hatte. Während dieser Zeit hatte in Amt und Gericht, im Heer und im Parlament tatsächlich nur die französische Sprache Geltung. In jahrzehntelangem erbittertem Sprachenstreit hat

der vlämische Volksteil sich allmählich ein Recht um das andere erkämpfen müssen. Heute hat die vlämische Sprache auf dem Papier so ziemlich überall, außer im Meer, Gleichberechtigung. In Wirklichkeit ist das aber durchaus noch nicht der Fall. Der Wallone lernt eben einfach aus seiner Verachtung der Vlāmen heraus ihre Sprache nicht und bekämpft sie auf Schritt und Tritt.

Wir brauchen aber gar nicht bis nach Belgien hinunter zu gehen, um die Tatsache der völligen Verständnislosigkeit der Franzosen für fremde Art und Sprache festzustellen. Vor unserer Nase, in Elsaß-Lothringen, können wir das gleiche in tausenden von Einzelfällen beobachten. Auch in diesem zu 90 Prozent deutschsprechenden Lande ist seit 1918 das Französische in Schule und Verwaltung und Gericht allein herrschend. Das geht ja so weit, daß heute noch nur ausnahmsweise Theater Vorstellungen in der deutschen Schriftsprache erlaubt sind. Und wie weit die französische Toleranz in diesen Sprachenfragen geht, das hat ja jüngst eine Luzerner Truppe bei der Störung ihrer Vorstellungen in Straßburg selbst erleben können. Eine fanatische Minderheit sucht im Elsaß das Recht der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung auf den freien Gebrauch ihrer Muttersprache unmöglich zu machen. Es verdient dabei von unserem Gesichtspunkte aus doch bemerkt zu werden, daß in diesem Kampfe gegen die Sprache der Minderheit auch ein Schweizer an führender Stelle steht: Herr Benjamin Vallotton, der Waadtländer Journalist und Schriftsteller. Seine Tätigkeit steht wahrlich in schärfstem Widerspruch zu allem schweizerischen Denken und Fühlen!

Der Kampf der französischen Minderheit und der französischen Verwaltung Elsaß-Lothringens gegen die deutsche Sprache findet seinen Rückhalt an der Gesinnung ganz Frankreichs und in erster Linie der führenden Pariser Kreise. Überall findet man dieselbe völlige Verständnislosigkeit für das Recht einer anderssprachigen Minderheit. Das zeigte sich seit Jahrhunderten in dem Verhalten Frankreichs gegenüber den Basken in den Pyrenäendepartementen, gegenüber der keltischen Sprache in der Bretagne wie gegenüber den Vlāmen in Nordfrankreich. Es ist eine alte Tradition des französischen Staates, solche Minderheitssprachen möglichst mit Stumpf und Stiel auszurotten. Diese Tradition hat auch natürlich zusammen mit dem aus dem Weltkrieg entstandenen Haß gegen alles Deutsche das Verhalten Frankreichs in Elsaß-Lothringen bestimmt. Nur haben sich die Zeiten etwas geändert und eine geschlossene sprachliche Minderheit läßt sich heute ihre Sprache nicht mehr so leicht und vor allem nicht mehr so geräuschlos wegnehmen wie früher. So ist es auch im Elsaß zu einem eigentlichen Sprachenkampfe gekommen, der jüngst im Parlament in Paris einen Widerhall gefunden hat. Bekanntlich hat dort ein kommunistischer Abgeordneter aus dem Elsaß in der Mundart seiner Heimat gesprochen. Er verlangte dabei auch die Berücksichtigung der deutschen Sprache in Schule und Verwaltung. Bei dieser Gelegenheit aber konnte man wieder so recht die Einstellung des Franzosen gegenüber einer sprachlichen Minderheit feststellen. Die französischen Abgeordneten empfanden das Vorgehen des Kommunisten entweder als eine Beleidigung oder sie faßten es als einen schlechten Witz auf. Kaum jemand begriff den ernststen Hintergrund dieser Angelegenheit.

Aber wir brauchen sogar nicht einmal über die Grenzen unseres Landes hinauszugehen, um diese geistige Einstellung des Franzosentums kennen zu lernen. Wir finden sie in der welschen Presse ebenfalls. Vor allem das Lausanner Franzosenblatt, die „Gazette de Lausanne“, kann in dieser Beziehung geradezu als Musterbeispiel wirken. Man lese nur einmal deren Bericht über den soeben erwähnten Vorfall in der Pariser Kammer nach! Und findet man vielleicht nicht genau dieselbe Einstellung bei der Lausanner Eisenbahndirektion, über die die Fachblätter der Eisenbahner ganz merkwürdige Dinge berichten? Seit der Neueinteilung der Bundesbahnen gehören auch einzelne Strecken in der deutschen Schweiz zum Amtsbereich der Direktion in Lausanne. Und bereits hat diese nach Bern Beamte versetzt, die überhaupt nicht deutsch verstehen. Sie verkehrt mit den Stationen in der deutschen Schweiz nur französisch, schickt französische Anweisungen, Dienstvorschriften und dergleichen. Dieses Ver-

halten zeigt deutlich genug, daß in der welschen Schweiz vielfach ganz genau dieselbe Verständnislosigkeit gegenüber dem Recht einer andern Sprache zu Hause ist wie im übrigen französischen Sprachgebiet.

Diese Verständnislosigkeit Frankreichs in allen sprachlichen Dingen ist in der heutigen Zeit ein besonders schwerer Übelstand. In immer größerem Maße erfordern ja die Fragen der sprachlichen Minderheiten das Interesse der europäischen Politik. Eine Lösung muß hier gefunden werden, wenn unser Erdteil einigermaßen zur Ruhe kommen soll. Und dabei wird diese geistige Einstellung der Franzosen ein schwerer Hemmschuh sein.

\* \* \*

Der Sprachenkampf in Belgien hat auch bei der soeben vollzogenen Neubestellung der gesetzgebenden Kammern dieses Landes eine große Rolle gespielt. Im ganzen vlämischen Landesteil hat dabei die immer stärker werdende vlämische Bewegung einen heftigen Kampf gegen die Verfechter der Französisierung geführt. Der Kampf tobte hauptsächlich innerhalb der politischen Parteien. Er richtete sich aber auch im allgemeinen gegen die Liberalen, die von jeher der vlämischen Sache am meisten Widerstand geleistet haben. Er kam dafür der seit dem Kriege entstandenen scharf vlämisch gesinnten Frontpartei zugute. Der Sprachenstreit ist auf den Wahlausgang von erheblichem Einfluß gewesen.

Allerdings haben die sozialen Auseinandersetzungen den Wähler noch in stärkerem Maße bewegt. Belgien hat wie Frankreich in den letzten Jahren einen starken Rückgang seiner Valuta erlebt. Dadurch kamen wie überall die Finanzen in Unordnung. Alle Preise schnellten unaufhörlich in die Höhe. Die Gehälter folgten nur langsam und zögernd nach, mancherlei Not und immer steigende Unzufriedenheit war die Folge. Diese unzufriedene Stimmung wirkte sich bei den Wahlen gegen die bürgerlichen Parteien aus. Diese hatten seit Jahren die Regierung in den Händen und trugen damit die Verantwortung. Die Sozialisten standen in Opposition und fanden durch die Gunst der Verhältnisse genügend Gelegenheit, sie auszuüben. Die Regierung konnte freilich das Verdienst vorweisen, die Kriegsschäden im großen Ganzen ausgebessert und die Finanzen wieder ins Gleichgewicht gebracht zu haben. Aber selbstverständlich überwogen beim Wähler das Mißvergnügen und die Enttäuschung über manche Härte und manche Unbilligkeit, die er persönlich erdulden mußte. So gingen Tausende zur Opposition über. Es kam dadurch zu einem starken Sieg der Arbeiterpartei.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Die Arbeiterpartei ist heute die stärkste Gruppe geworden sowohl nach der Stimmenzahl wie nach der Zahl der Sitze im Parlament. Das Anschwellen ihrer Anhängerschaft zeigte sich gleichmäßig im ganzen Land, im vlämischen wie im wallonischen Landesteil. Verhältnismäßig noch stärkere Gewinne hat der vlämische Nationalismus aufzuweisen. Ihm verhalf die Unzufriedenheit über das Scheitern so vieler Wünsche, vor allem über die Vereitelung der Vlämisierung der Universität Gent und über die Hintertreibung der Teilung des Heeres in vlämische und wallonische Einheiten. Die Stimmenzahl der Frontpartei und der mit ihr zusammengehenden andern Gruppen hat sich beinahe verdoppelt und auch ihre Mandatzahl ist gestiegen. Immerhin ist die Frontpartei noch eine sehr kleine Gruppe. Sie hat kaum mehr als 4 % der Gesamtstimmenzahl erhalten und von 190 Sitzen nur 6. Sie wirkt aber durch ihren Wettbewerb stark auf die Bereitwilligkeit der alten großen Parteien, die vlämischen Wünsche zu erfüllen. Das gilt hauptsächlich für die große katholische Rechte. Diese hatte während Jahrzehnten die Macht im Staate inne und sie hat bisher die vlämischen Forderungen jeweilen durchgedrückt. Heute ist ihr im Sozialismus ein gefährlicher Gegner entstanden. Da sie aber ihre Aufmerksamkeit ebenfalls sehr stark auf die Erfüllung sozialer Forderungen gerichtet hat, so ist es ihr gelungen, weite Kreise der Arbeiterschaft zu organisieren und der Partei zu erhalten. Von einer vollständig konservativen Partei ist sie damit mehr und mehr zu einer demokratischen und fortschrittlichen geworden. Immerhin vermag sie heute bloß ihre Stellung zu



wahren, während der Sozialismus unaufhörlich anwächst. In den letzten Wahlen ist ihre Stimmenzahl und ebenso ihre Vertretung im Abgeordnetenhaus fast unverändert geblieben. Der große Leidtragende war dagegen die liberale Partei. Im Kampfe gegen den Klerikalismus hat diese früher eine Blütezeit erlebt. Heute sind die Liberalen konservativ geworden, sie sind die Vertretung von Großkapital und Großindustrie, sie sind auch die Vertreter der vlamenfeindlichen oberen Schicht der Bevölkerung. Das alles reibt sie mehr und mehr auf. Nach Links und zu den Katholiken fluten die fortschrittlich und vlämisch gesinnten Elemente ab. Jetzt ist der Liberalismus bereits eine kleine Gruppe, die ihre Bedeutung nur durch die Stellung als Zünglein an der Wage zwischen den beiden großen Parteien erhält.

Der Wahlausgang in Belgien räumt nun wohl ebenfalls mit der Nachkriegsregierung in diesem Lande auf, wie das schon in Frankreich, England, Deutschland u. s. w. geschehen ist. Dadurch gewinnt er Bedeutung für die große Politik. Weder die Sozialisten noch die vlämischen Katholiken sind für die Ruhrbesetzung begeistert. Gegen die vollständige Bindung an die französische Politik macht sich steigender Widerstand bemerkbar. Es könnte sehr wohl sein, daß die künftige belgische Regierung eine selbständigere und damit wohl der Haltung Englands näher kommende Politik führen wird.

\* \* \*

Hörte man bei uns von den belgischen Geschehnissen sehr wenig, so konnte man dagegen umso mehr über die deutsche Reichspräsidentenwahl vernehmen. Gestern ist nun da die Entscheidung gefallen und bereits wissen wir, wie sie gefallen ist. Bis diese Blätter in die Hände der Leser kommen, werden diese schon genug Kommentare gelesen haben. Trotzdem möchte ich zu diesem Ereignis ebenfalls einige Worte sagen, weil sich diese jedenfalls stark von dem meisten unterscheiden werden, das dazu in der Schweizerpresse geschrieben wird.

Der Kampf um die Stelle des Reichspräsidenten hat in Deutschland zum ersten Mal das Land im großen Ganzen in zwei Lager geteilt. Auf der einen Seite standen die Parteien, die seit 1918 die Macht in den Händen gehabt haben. Es sind die Parteien, die im November 1918 die Verantwortlichkeit übernahmen, die neue Verfassung schufen, ihre Unterschrift unter die Friedensverträge setzten und im großen Ganzen bis zum heutigen Tage in der äußeren Politik die Richtung angaben. Unter sich sind die drei Parteien der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums eigentlich nur in einer Reihe von Fragen der Außenpolitik einig. In der Innenpolitik kann es bei dem großen Unterschied in den Grundsätzen zwischen Katholiken und Sozialisten höchstens zu einem Zusammengehen in einzelnen Punkten kommen. Das Hauptinteresse, das sie im Innern gemeinsam haben, ist die Aufrechterhaltung des Systems, das Festhalten der Regierungsmacht. Hierbei handelt es sich in allererster Linie um die Stellenbesetzungen! Im übrigen kann und wird das Zentrum in vielen innerpolitischen Fragen von Fall zu Fall Anschluß nach Rechts suchen müssen und in schärfsten Gegensatz mit seinen jetzigen Bundesgenossen geraten. Der sogenannte „Volksblock“ ist also sicher kein festgefügtes Gebilde. Das zeigen auch die Verhandlungen bei der Kandidatenaufstellung. Das Ergebnis war ein Kuhhandel: Die Reichspräsidentenstelle sollte das Zentrum, die Macht in Preußen die Sozialdemokratie erhalten. Als Kandidat wurde der gewesene Reichskanzler Marx aufgestellt, ein Mann einwandfreien Rufes, aber doch nur ein geschickter Parteitaktiker. Über weitergehende staatsmännische Fähigkeiten hat er sich wenigstens bis jetzt nicht ausgewiesen.

Diesem Volksblock trat ein „Reichsblock“ gegenüber. In ihm schlossen sich alle politischen Gruppen zusammen, die die Überlieferungen des vorrevolutionären Deutschlands hochhalten. Es waren die Rechtsparteien aller Schattierungen von den altpreußischen Konservativen bis zu den stark sozialistisch angehauchten Völkischen, vom rein protestantischen Preußen bis zum ebenso rein katholischen Bayern. Es sind die Gruppen, die seit 1918 langsam immer stärker geworden sind, nach und nach in verschiedenen Bundesstaaten die Regierung gewannen und nun seit einem Jahr den Kampf um die Macht im Reich und

in Preußen führen. Alle sind entschieden national und verdanken ihr Großwerden zum guten Teil dem scharfen Druck des Auslandes auf den unterlegenen Staat. In ihnen allen lebt der Wille, ihr Land wieder auf die alte Höhe zu bringen. Über die Wege sind sie sich allerdings nicht einig. Nur das ist allen gemeinsam, daß sie die Führung der Leute der Revolutionszeit für absolut verderblich halten und sie wieder ausschalten möchten. Über die Haltung nach außen sind sie einer Meinung, in der innern Politik gehen auch hier die Wege auseinander, wenn sie auch nicht so grundsätzlich verschieden sind wie zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Die größere Geschlossenheit dieses bürgerlichen Blockes zeigte sich bereits bei der Kandidatenaufstellung. Schon im ersten Wahlgang stellten die großen Gruppen nur einen Kandidaten auf. Sie hatten dazu einen Mann aus der Verwaltung gewählt, der im Dienst einer großen Industriestadt und in den politischen Kämpfen der letzten Jahre bemerkenswerte Fähigkeiten bewiesen hatte. Es zeigte sich aber, daß mit dieser Kandidatur eines doch bisher keineswegs überragend hervorgetretenen Mannes nicht durchzudringen war. Dem Kandidaten der Linken konnte mit Erfolg nur mit einem allseits anerkannten Manne entgegengetreten werden. Und da ist es bezeichnend, daß ein solcher Mann nicht unter den Politikern gefunden werden konnte, sondern daß nur der Führer im großen Kriege in Betracht kam. So kam es zur Aufstellung Hindenburgs, trotz seines hohen Alters! Damit stand eine wuchtige Persönlichkeit einem reinen Parteimann gegenüber!

Der Kampf dieser zwei „Blöcke“ um die Reichspräsidentenstelle nahm damit großes Ausmaß an. Es konnte ja freilich keine endgültige Entscheidung über die inner- oder außenpolitische Haltung des Reiches fallen. Die Wahl wurde jedoch zur Frage des Prestiges. Wenn auch der Reichspräsident nicht allzuviel zu sagen hat, so ist er doch der Repräsentant des Reiches nach Außen. Deshalb wurde um diese Stelle mit solcher Erbitterung gerungen.

Nun ist Hindenburg mit ziemlich starkem Mehr gewählt. Es ließe sich da mancherlei Interessantes über die Stimmabgabe in den verschiedenen Landesteilen sagen. Es geht zum Beispiel klar hervor, daß in Bayern viele Angehörige der bayerischen Volkspartei der offiziellen Parole entgegen für Marx gestimmt haben. Aber ebenso müssen in Württemberg viele Demokraten für Hindenburg eingelegt haben. Der Marx-Block hat gegenüber dem ersten Wahlgang verhältnismäßig wenig Stimmen gewonnen, der Hindenburg-Block dagegen sehr stark. In dieser Tatsache kommt zum Ausdruck, daß das Volk immer noch ein Empfinden für das Gewicht der Persönlichkeit hat und sich nicht vollständig in die Parteischablone hineinzwingen läßt. Darin kann ich nichts Schädliches erblicken, im Gegenteil!

Wie ist nun die Wahl Hindenburgs zu werten? In allererster Linie war sie eine Kundgebung für die Persönlichkeit des Feldmarschalls, an der auch seine Gegner nichts auszusetzen fanden. Alle andern Rücksichten haben daneben zurücktreten müssen. Vor allem ist keine Volksabstimmung über die Frage Republik oder Monarchie abgehalten worden. Hindenburg hat weder die Macht noch sicher auch den Willen zu einem Staatsstreich. Es ist aber auch kein Entscheid über die künftige Außenpolitik gefallen. Hier liegt eben die Entscheidung bei andern Instanzen, vor allem beim Reichstag. Wohl aber hat das deutsche Volk mit dem Stimmzettel bewiesen, daß es die Erinnerung an die Zeit der Freiheit und Unabhängigkeit, der saubern Verwaltung und der Stetigkeit im Staate hoch hält. Wenn heute diese Erinnerungen wieder so stark zum Ausdruck kommen, so muß man die Ursache dafür aber in Paris und London, in Prag und Warschau suchen. Die Wahl Hindenburgs wird vom Auslande als Warnungszeichen gewertet werden müssen, eine irgendwie nennenswerte tatsächliche Änderung in der deutschen Außen- und Innenpolitik wird sie nicht zur Folge haben.

Nun noch ein Wort zur Haltung der Schweiz, besonders der schweizerischen Presse zur deutschen Reichspräsidentenwahl! Diese war bedingt durch die Wahltaktik der deutschen Linksparteien. Die Verbindungen fast sämtlicher deutschschweizerischer Blätter in Deutschland gehen ja zur Sozialdemokratie,

zur Demokratie oder zum Zentrum. Und alle drei deutschen Parteien haben in diesem Wahlkampf wie schon bei den Reichstagswahlen im vergangenen Winter diese Verbindungen nach dem Auslande hin ausgiebig benützt. Man gab dem Auslande von Berlin aus, vom „Vorwärts“, der „Germania“, der „Bosfischen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ das Stichwort. Sofort bei der Aufstellung der Kandidatur Hindenburgs stellte der „Vorwärts“ das als eine Katastrophe der deutschen Außenpolitik dar. Dann kam die Ausmalung des Wahlkampfes als Entscheidung zwischen Republik und Monarchie. Und Tag für Tag ergoß sich die ganze Wahlpropaganda des deutschen „Volksblocks“ in die Schweizerpresse. Die zahllosen Falschmeldungen, die bei dieser Gelegenheit in die Welt gesetzt wurden, kamen alle zu uns, die Richtigstellungen nicht immer. Und die deutsche Presse, die für Marx eintrat, nahm dann ihre im Auslande abgelegten Eier freudestrahlend als Originalstimmen des Auslandes wieder auf. Man muß feststellen, daß es die deutschen Parteien der Linken selbst waren, die dem Auslande die Kandidatur Hindenburg als gleichbedeutend mit der Wiederherstellung der Monarchie, als Kriegsdrohung, kurz als Verkörperung alles Bösen in Deutschland hingestellt hat. Sie hat damit sicher dem Lande einen schlechten Dienst erwiesen. Ihr wird es zuzuschreiben sein, wenn die Wahl Hindenburgs im Auslande eine ungünstige Aufnahme und irgendwelche schädliche Folgen haben wird. Dies ist übrigens wenig wahrscheinlich.

Unsere Presse hat sich bei diesem Manöver mit einer Anzahl rühmenswürdigen Ausnahmen teils bewußt und vielfach unbewußt vollständig und mit Feuereifer zur Verfügung gestellt. Verschiedene große Blätter wie die „Neue Zürcher Zeitung“ und die „Nationalzeitung“ führten den Kampf gegen Hindenburg und überhaupt die deutschen Rechtsparteien genau mit dem gleichen Eifer wie die kongenialen Blätter in Deutschland. Man verfiel dabei in einen bei uns sonst wenig gebräuchlichen ruppigen Ton. Der Berliner Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“, Herr Dr. Bretscher, kam in seinem entsetzlichen Eifer sogar dazu, drei Tage vor der Wahl alle Deutschen, die für Hindenburg stimmen würden, kurzweg als politische Analphabeten zu bezeichnen. Man kann getrost die „Neue Zürcher Zeitung“ in den letzten Wochen, soweit sie sich mit deutschen Verhältnissen beschäftigte, als Zürcher Kopfblatt des „Vorwärts“ oder der „Boß“ bezeichnen.

Eine derartige leidenschaftliche Parteinahme, eine derartige vollständig parteiische Berichterstattung, ein derartiges Einmischen in die innere Politik eines fremden Staates kann und darf nicht die Aufgabe der Schweizer Presse sein. Man würde sonst die üblen Folgen sicher bald einmal in höchst unangenehmer Weise zu spüren bekommen.

U r a u, den 27. April 1925.

S e k t o r A m m a n n.

## Professor Masaryk und der Ballhausplatz.

Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Dem Historiker der Zukunft wird die richtige Schilderung der Erscheinung und des Wirkens des gegenwärtigen Präsidenten der tschechoslovakischen Republik, Professor Dr. Thomas Garik Masaryk, als Politiker in der Vorkriegszeit manches Rätsel aufgeben. Der Universitätsprofessor und Mensch Masaryk wird ihm aus den Spalten der zeitgenössischen Presse als ein Mann von größter Wahrheitsliebe, nationaler Duldung und maßvollen Zielen entgentreten. Der Politiker Masaryk dagegen wird sich dem forschenden Auge des Geschichtsschreibers als ein Mann enthüllen, der ähnlich wie Friedrich der Große in seinen Schriften, die Lehren Machiavellis verwirft, um sie desto eifriger zur Grundlage seines politischen Wirkens und Strebens zu machen. Scharf erfaßt er um die Jahrhundertwende den beginnenden Niedergang der einst im Tschechen-

volle mächtigen jungtschechischen Partei, und eilt, sich eine eigene, fast könnte man sagen, nur auf seine Person zugeschnittene Partei zu gründen, zwecks Verwirklichung seiner politischen Ideen und Anwendung seiner persönlichen Taktik. Das kleine Häuflein von Intellektuellen, das die von Masaryk gegründete „Pokrové strana“ (Fortschrittspartei) bildete, nannte der Volksmund „Realisten“. Der Realismus Masaryks bestand aber darin, ganz wie es Machiavelli verlangt, nur das Erreichbare anzustreben, ohne das Endziel aus dem Auge zu verlieren. So kam es, daß Masaryk sich lange Zeit offen zu der Idee Franz Palackys bekannte, „daß Österreich geschaffen werden müßte, wenn es nicht bestünde“, daß aber Österreich in ein slavisches Westreich umgewandelt werden müsse, damit es nicht dem Drucke des nach Osten drängenden Deutschen Reiches erliege. Im schroffen Gegensatz zu dieser Idee stand aber die republikanische Überzeugung Masaryks und seine tiefe Abneigung gegen die Herrschaft des Hauses Habsburg, die er mit den antikirchlich gesinnten, bürgerlichen Massen seines Volkes teilte. Denn schon zu Anfang der Jahrhundertswende war die Entwicklung des tschechischen Bürgertums in Böhmen und teilweise auch in Mähren so weit gediehen, daß es in seiner überwiegenden Mehrheit wenn auch nicht antidynastisch, so doch adynastisch gesinnt war. Die Legende, daß das Haus Habsburg durch die Schlacht am Weißen Berge die nationale Größe der tschechischen Nation zerstört habe, spukte seit der Volksschule in allen Köpfen. — Natürlich bestand auch der Redaktionsstab des damals von Prof. Masaryk gegründeten Parteiblattes „Cas“ durchwegs aus Journalisten von antihabsburgischer Gesinnung. Es verdient vermerkt zu werden, daß einer dieser Redakteure, Dr. Pawlu, einer der ersten Reserveoffiziere war, die im Weltkriege mit ihrer Kompanie zum Feinde übergingen. Im „Cas“ selbst kam die antidynastische Gesinnung der Herausgeber und der Redakteure allerdings mehr durch das, was die Zeitung verschwie, als durch das, was sie mitteilte, zum Ausdruck. Erst im Jahre 1903 trat der Gegensatz in der politischen Haltung Masaryks, der vorgab, für Österreich einzutreten, besser erkennbar hervor. Der Professor Masaryk lüftete den Vorhang, hinter dem der Politiker Masaryk agierte. Auf der tschechischen Universität in Prag las Prof. Masaryk „Praktische Philosophie“, worunter er bald seine Ideen über den Sozialismus, bald sein Urteil über geistige Strömungen in Rußland u. dgl. mehr, verstand. Seine Vorlesungen hatten mehr feuilletonistischen als streng wissenschaftlichen Charakter. Masaryk las vor zahlreichen Hörern. Im Hörsaale IV des Clementinums mischten sich oft auch Gäste aus allen slavischen Ländern unter seine Schüler. Mächtig aber schwoll die Zahl seiner Hörer an, als durch die unvernünftige Politik der kroatischen Regierung im Jahre 1903 nach leidenschaftlichen Erzessen der studierenden Jugend in Ugram, die dortige Universität unsinnigerweise geschlossen wurde und der exaltierteste Teil der relegierten Studenten an der Prager Tschechischen Universität Aufnahme fand. Jetzt begann sich Prof. Masaryk für die Zustände in den südslavischen Ländern der Monarchie zu interessieren, wie er sich vorher für die Unschuld des wegen Ritualmordes verurteilten jüdischen Schustergehilfen Hulsner und noch früher für die Fälsfikatorklärung der sogenannten Königinhofer Handschrift interessiert hatte. Sein Kolleg und das damit im Zusammenhang stehende Seminar wurde das Stellbildein einer kampflüsternden südslavischen Jugend, die das Heil des Kroatentums in der Vereinigung mit den Serben unter der Vorherrschaft Belgrads erblickte. Diese Idee brodelte anfangs ungeklärt in der kroatischen Jugend. Erst Professor Masaryk schuf ihr eine Grundlage sittlicher Berechtigung, indem er in seinen Vorlesungen die These aufstellte: „Hochverrat kann man nur begehen am eigenen Volke!“ — Diese These führte ihn später dazu, den „Begriff des Hochverrats im modernen Staate“ im österreichischen Abgeordnetenhaus selbst als „nicht existent“ zu bezeichnen. Daß er damit „wissenschaftlich“ gleichzeitig die Basis zertrümmerte, auf welcher der österreichische Nationalitätenstaat stand, konnte ihm trotz eigener gelegentlicher gegenteiliger Vorträge nicht zweifelhaft sein. Die Äußerung, daß es in einem modernen Staate keinen Hochverrat gäbe, machte Masaryk in offener Sitzung des österreichischen Parlaments (17. März 1909), ohne von Seiten irgend

eines Abgeordneten oder der Regierung Widerspruch zu erfahren. Echt österreichisch steckte alles, wie der Vogel Strauß, den Kopf in den Sand. Man wollte keinen parlamentarischen Sturm unter den radikalen Parteien entfesseln und übersah, daß durch diesen Akt der Schwäche und unmoralischen Duldung seitens der Hüter des Staates eine politische Minierarbeit toleriert wurde, die zur Unterwühlung der Grundpfeiler der habsburgischen Monarchie führen mußte. Die Folgen zeigten sich schnell. Prag wurde, dank der Persönlichkeit des Prof. Masaryk, wie während des Weltkrieges Mitglieder des südslavischen Jugendkomitees in Nisch, der Serbe M. Kosic und der Kroate M. Bartuliza, in ihren Broschüren mitteilten, der Mittelpunkt der auf die Vereinigung mit Serbien abzielenden Bestrebungen der südslavischen akademischen Jugend in der habsburgischen Monarchie. Durch diese seine Schüler, vor allem durch Dr. Eduard Lukinik, dann aber auch durch den tschechischen Journalisten und Gesinnungsgenossen Richard Kafles, war Prof. Masaryk bald nach Abschluß der Annexionskrise im Jahre 1909 mit den Leitern der großserbischen revolutionären Bewegung und den maßgebenden Personen der auswärtigen Politik Serbiens in Belgrad in Verbindung getreten. Anfangs mit Mißtrauen empfangen, wurde er bald ein willkommener Kampfgenosse, den man trotz seiner Eigenschaft als österreichischer Abgeordneter in die Geheimnisse der großserbischen Propagandapolitik einweihte, wobei man ihn möglicherweise — wenn man den Mitteilungen Masaryks selbst Glauben schenken darf — über die Endziele jener Politik: Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie mit Hilfe Italiens und Rußlands, im Unklaren ließ. Schon in dieser Zeit war der Wiener Ballhausplatz (das Ministerium des Äußeren in Wien ist nach dem Platze benannt, auf dem sein Gebäude steht) durch Belgrader Vertrauensmänner informiert, daß die serbische Regierung Prof. Masaryk für gewisse, die südslavische Politik fördernde Zwecke aus dem Fonds „Zur würdigen Vertretung des serbischen Staates im Auslande“ Gelder zur Verfügung stelle. Dieses Verhältnis wurde immer intimer, zuletzt wurde in der serbischen Gesandtschaft in Wien eine Jahressumme von 120.000 Francs deponiert, aus welcher mehrere Redakteure, die Prof. Masaryk namhaft machte, sowie auch andere Personen Monatsgehälter bezogen und Geldsummen abheben durften, wogegen sie unter Leitung Prof. Masaryks an die serbische Regierung in Belgrad und die serbische Gesandtschaft in Wien solche politische und sonstige Informationen lieferten, welche sich das amtliche Serbien durch die verschiedenen offiziellen und halbamtlichen Telegraphenagenturen bisher nicht zu verschaffen vermochte. Lange vor dem Weltkriege wurde auch von Seite der Freunde des Prof. Masaryk ein Ausspähungsdienst im Schlosse des Erzherzogs Franz Ferdinand zu Konopischt eingerichtet. Hier war es der bekannte, radikal denkende tschechische Politiker und Freund Masaryks, Dr. Boucek, der besonders interessante Informationen über das Leben des Erzherzogs Franz Ferdinand im Schlosse Konopischt berichtete. Manche richtige, in der Mehrheit aber tendenziöse und zwecks Gelderwerbes von den verschiedenen bezahlten Konfidenten erdichtete Informationen, gelangten auf diese Weise und durch den Redakteur Hejret der „Narodna Politika“ in Prag nach Wien und zur Kenntnis diplomatischer Kreise. Das Gerücht, daß Erzherzog Franz Ferdinand an Wahnvorstellungen leide und nicht mehr normal sei, stammt aus dieser trüben Quelle. Henry W. Steed, der jetzige Chef-Redakteur der „Review of Reviews“, stand seit Jahren mit Prof. Masaryk in publizistischen Beziehungen. Anscheinend ist ihm von tschechischer Seite diese Mitteilung zugekommen, denn er behauptete in seinem kürzlich veröffentlichten Buche „Through thirty years“ 1892—1922 \*) die zweifellos falsche Meldung, Erzherzog Franz Ferdinand sei ein Paralytiker gewesen, dem übrigens auch von englischer Seite auf das schärfste widersprochen wurde und ihm schwere Vorwürfe wegen dieser unvornehmen Art der Diskussion eintrug. Auch die Meldung über den angeblichen Gegenstand der Verhandlungen Kaiser Wilhelms und des Erzherzogs Franz Ferdinand im Schlosse Konopischt, kurz vor der Abreise des letzteren nach Sarajevo, flog in Prag auf.

\*) Heinemann, London 1924.

Als Information telephonisch nach Wien gemeldet, brachte sie der Wiener Vertreter des großen Prager Blattes „Narodni Listy“, Jaroslav Zajc-Horský, gleichzeitig Militärreferent des Militärattachés an der russischen Botschaft in Wien und politischer Berichterstatter der Belgrader „Korrespondenz Mamulov“, deren Inhaber der erste Dragoman der russischen Gesandtschaft in Belgrad war, zur Kenntnis der maßgebenden russischen und serbischen Militärkreise. Diese telephonische Meldung behauptete, daß Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand auf dem Schloß Konopischt sich über die baldige Kriegserklärung an Serbien verständigt haben. In dieses Ausspähungsnetz fügte sich von slovenischer Seite die Arbeit des Wiener Korrespondenten des „Slovenski Narod“ ein, der damals gleichfalls ebenso wie Masaryk und seine Redakteure aus serbischen Geldquellen schöpfte, die ihm auf der serbischen Gesandtschaft in Wien zwecks publizistischer Propaganda für die Interessen Belgrads im Auslande, zur Verfügung standen. Auch der national-soziale tschechische Abgeordnete Wenzel Kofac, gegenwärtig Präsident des tschecho-slovakischen Senats, nahm an der politischen und militärischen Ausspähung zu Gunsten Serbiens teil. Die österreichisch-ungarische Regierung war über dieses hochverräterische Treiben genau informiert, zum Teil durch journalistische Berufsgenossen tschechischer Volksangehörigkeit, zum Teil durch seit Jahren gutbezahlte Konfidenten im serbischen Ministerium des Außern selbst und in der serbischen Gesandtschaft in Wien. Bezog doch der damalige Pressechef des Kabinetts Nikola Pašic Todor Stefanovic-Bilovsky von Bilovo, eine seit Jahren laufende große Rente aus dem Dispositionsfonds des Ballhausplatzes. Eine andere Rente erhielt ein hervorragendes Mitglied im Kabinette des Dr. Vladan Georgevic, der gewesene serbische Finanzminister Wukasin Petrovic, für informative Dienste. Am peinlichsten wurde seitens der gemeinsamen Ministerien in Wien nicht das politische Ausspähungssystem Masaryks und Genossen, sondern die bereits erwähnte Militärspionage des Korrespondenten der „Narodni Listy“, vor allem aber des Abgeordneten Wenzel Kofac, empfunden. Diesbezügliche Befehle, den Abgeordneten Kofac in flagranti aufzugreifen und ihn des Hochverrats zu überweisen, wurden an die ungarische Staatspolizei hinausgegeben. Diese war in Semlin durch ihre Vertrauensmänner in Belgrad genau unterrichtet, daß der Abgeordnete Kofac mit dem Exponenten des serbischen Generalstabs, dem Professor Mile Pavlovic, in hochverräterischer Verbindung stehe. Aber nachweisen konnte man ihm diese Verbindung, trotz seiner Besuche in dem Hause des Prof. Pavlovic, nicht. So erbat sich denn die Semliner Staatspolizei von dem damaligen Chef der ungarischen Regierung, dem Grafen Stephan Tisza, unter Klarlegung des von Kofac verübten militärischen Hochverrates, die Erlaubnis, ihn kurzerhand nach seinem nächsten Besuche in Belgrad „beseitigen zu lassen“. Man wollte den tschechischen Militärspion durch zwei aufgestellte Käufer auf dem Semliner Bahnhofe in einen Streit verwickeln und niederstechen lassen. Mit tiefer Entrüstung wies der ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza diesen „balkanischen“ Vorschlag zurück, indem er gleichzeitig die Grenzpolizei verständigen ließ, daß er sie dafür haftbar machen würde, wenn gegen den „verächtlichen Gesellen aus Prag“ auf ungarischem Boden ein Anschlag verübt werden sollte. Noch besser als über den Hochverrat des Wenzel Kofac war man, wie bereits bemerkt, über die Zettelungen des Prof. Masaryk und seiner Leute mit Belgrad und dem Meldedienst des Wiener Korrespondenten der „Narodni Listy“ an den russischen Generalstab auf dem Wiener Ballhausplatz informiert. Man fühlte sich jedoch außerstande, diesen Leuten das Handwerk zu legen. Die Aufdeckung ihrer Umtriebe im Gerichtssaal hätte, wie dem Schreiber dieser Zeilen damals ein hervorragender Diplomat des Wiener Ministeriums des Außern vertraulich sagte, unberechenbare Folgen im ungarischen und im österreichischen Parlamente haben können. Stürme wären wahrscheinlich gewesen, wenn man die Minen der serbischen Regierung und ihrer tschechischen Affilierten aufgedeckt hätte. Prof. Masaryk hatte natürlich keine Ahnung, daß seine Verbindungen mit dem Kabinett Pašic auf dem Wiener Ballhausplatz so genau bekannt waren. Was seine Person betrifft, waren sie wohl in materieller Hinsicht uneigennütziger Natur, wenn man auch darüber

im österreichisch-ungarischen Ministerium des Auswärtigen anders dachte. Wiederholt drängte sich Prof. Masaryk mit Aufträgen, die ihm der serbische Ministerpräsident Nikola Pašić erteilte, an den Leiter der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns heran. Aus den Memoiren des verstorbenen gemeinsamen Finanzministers, Ritter von Bilinski, ist bekannt geworden, wie man über diese Missionen Masaryks auf dem Ballhausplatz dachte. „Er will sich wieder eine Provision verdienen,“ soll Graf Berchtold zu Bilinski gesagt haben, als Masaryk bei ihm erschienen war, um ihn im Auftrage der serbischen Regierung zu bewegen, die Erwerbung Nordalbanien durch Serbien nach dem Balkankriege zuzulassen. In diesen scharfen, verächtlich verurteilenden Worten des Grafen Berchtold kommt die ganze Verbitterung zum Ausdruck, mit der die österreichisch-ungarische Diplomatie seit Jahren dem politischen Treiben des Prof. Masaryk beobachtend gegenüberstand, ohne die Macht zu besitzen, durch kräftiges Eingreifen die Gefahren zu bannen, die sich daraus entwickeln mußten und auch entwickelt haben. Der Ausländer wird diese Lage nicht verstehen können; sie wird ihm erst begreiflicher werden, wenn er erfährt, daß die auswärtige Politik in der gewesenen habsburgischen Monarchie nicht vom Minister des Auswärtigen allein, sondern gemeinsam mit dem österreichischen und ungarischen Ministerpräsidenten gemacht werden mußte und daß diese stets darauf bedacht waren, daß die auswärtige Politik sich in einer Richtung bewege und Operationen vermeide, welche den ruhigen Gang der inneren Politik, das friedliche Verhältnis zwischen den verschiedenen Nationalitäten und das normale Funktionieren der beiden Parlamente in Zis- und Transleitanien hätte stören können. So konnte Prof. Masaryk und seine Freunde sich Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges in bedenklliche Zettelungen mit den Regierungsmännern und revolutionären Kreisen eines Staates einlassen, dessen Staatsidee die Zertrümmerung des Habsburgerreiches forderte. Durch diese Verhältnisse ist Prof. Masaryk einer der erfolgreichsten Verschwörer aller Zeiten geworden.

S. M. (Wien).

---

## Kultur- und Zeitfragen

---

### Noch etwas zur Spitteler-Kritik.

Frau Edith Landmann hat in ihrem Spitteler-Aufsatz für viele ein erlösendes Wort gesprochen. Für die vielen, deren Herz und Gemüt leer blieben beim Hauptwerke Spittelers und die sich darob schämten. Diese Scham braucht nicht Verlegenheit zu sein gegenüber einer Moderichtung, die Spitteler auf den Schild hebt; es ist die tiefe, schmerzliche Beschämung, sich an etwas Großes nicht rückhaltlos hingeben zu können. Hoch reißt sich die dichterische Persönlichkeit Spittelers auf; aber sie füllt die ausgestreckten Schalen unseres Volkes mit ihrem Geistesreichtum nicht. Allzusehr ist dem Ausnahmemenschen die Menge der unsaubere Schleim; allzusehr wird das Erbarmen mit ihr verdrängt durch den Zorn über ihre böswillige Dummheit.

Frau Landmann macht dem Dichter den Vorwurf, er sei nicht über die naturalistisch-mechanische Weltauffassung des ausgehenden 19. Jahrhunderts hinausgekommen; nein, aber er hat sie mit schärfster, männlicher Konsequenz zu Ende gedacht. Nichts Weibisch-Sentimentales ist in Spitteler, wie seine Kritikerin will, sondern das „weiche Narrenherz“ des Dichters wird mit spitzem Verstand und herber Ironie umschient. Jedem Pathos abhold und durch seine Sprache schon den landläufigen „poetischen Schwung“ zerstörend, berührt sich Spitteler mit jenen Könnern, jenen glänzenden Stilisten des ebenfalls ungläubigen 18. Jahrhunderts, einem Diderot, einem Voltaire. Aber neben dem